



**Harriet Taylor Mill-Institut**  
für Ökonomie und Geschlechterforschung



# Soziale Marktwirtschaft in der Krise

Prof. Dr. Friederike Maier

Impulsreferat 14. April 2021

Wann kommt die geschlechtergerechte Soziale Marktwirtschaft?

Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen



## Wirtschafts-und Gesellschaftsordnung :

- Soziale Marktwirtschaft = Wohlstand für alle
- Rheinischer Kapitalismus = Interessenausgleich
- Konservativer Wohlfahrtsstaat = Daseinsfürsorge





## Merkmale des regulierten Kapitalismus

### 1. Produktion von Waren und Dienstleistungen

Privateigentum an Unternehmen

Öffentliche Unternehmen

Staatliche Daseinsfürsorge

2. Produktionsbedingungen: Regelung durch Gesetze, Gebote und Verbote  
z. B. Arbeitsrecht, Umweltrecht, Sicherheitsstandards, finanzielle Anreize  
(Subventionen) = Internalisierung von Externalitäten

Beispiele: Luftreinhaltung, Abwasserregeln, Mutterschutz, Verbot der  
Kinderarbeit, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, bezahlter Urlaub;  
Arbeitszeitgesetze



### 3. Angebot und Nachfrage

Preise und Mengen im Prinzip nicht reguliert, Vertragsfreiheit, viele Ausnahmen, je nach Marktsituation, Charakter des Gutes, Verteilungswirkung

Nachfrage im Prinzip frei, begrenzt auch staatlicher „Zwangskonsum“ z.B. Schulpflicht, TÜV

Preisbildung als Ausdruck von Marktprozessen allerdings Modellillusion!

Keine Automatismen, immer gesellschaftliche/politische Entscheidung, es gab und gibt immer Alternativen!



## Ziele der Wirtschaftspolitik /kritische Fragen

1. Wirtschaftswachstum: Maßstab BIP, quantitatives Wachstum statt qualitatives, Folgen für Umwelt, Gesellschaft, Verteilung?
  2. Preisstabilität: geringe Inflation, Gefahr Deflation? Öffentliche Verschuldung als potentielle Inflationsgefahr?
  3. Hoher Beschäftigungsstand: Vollbeschäftigung nur für Männer?
  4. Ausgeglichene Handelsbilanz: Handelsbilanzüberschüsse negativ für Handelspartner, BIP-Steigerung auf Kosten anderer Länder?
- = Wohlstand für alle?



Schon vor der Corona-Pandemie sichtbar:

- Die Deregulierung der Finanzmärkte führte zur Finanzkrise von 2008 ff
  - Das Wirtschaftswachstum war schwach
  - Die Ungleichheit wächst: zwischen Arm und Reich in Deutschland, in den EU-Staaten, zwischen unterschiedlichen Ländern, dem globalen Norden und dem Süden
  - Die Deregulierung der Arbeitsmärkte hat zur Entstehung eines großen Niedriglohnsektors geführt, unsichere, prekäre Arbeitsverhältnisse expandieren
  - Die Absenkung von Lohnersatzleistungen, Rentenniveaus und die schwache Lohnentwicklung führen zu stagnierenden Lebensstandards
  - Die Demontage des Wohlfahrtsstaats durch Deregulierung, Privatisierung, Einsparungen zeigt deutliche Folgen
  - Die gesellschaftlich relevanten Bereiche wie Pflege, Erziehung, Gesundheit, Verwaltung, aber auch Wasser- und Energieversorgung, Wohnen, oder öffentlicher Transport sind unterfinanziert
  - Bund, Länder und Kommunen – haben erhebliche Defizite bei öffentlichen Investitionen in Schulen, Schwimmbäder, Kinderbetreuung, Digitalisierung der Verwaltung und der Schulen etc.
- = Versprechen der sozialen Marktwirtschaft auf Steigerung des Wohlstands für alle nicht eingelöst



Hintergrund dieser ökonomischen Fehlentwicklungen:

- Ein einseitiges ökonomisches Theoriegebäude (Neoklassik, Neoliberalismus), das den Individualismus hofiert und gemeinschaftliches/öffentliches/ staatliches Engagement diffamiert und begrenzt, Daseinsfürsorge als Kosten statt als Investitionen
- Ein weltweites Netz an politischen und ökonomischen „Influencern“, das die Konzepte der Deregulierung, der Privatisierung, des Rückzugs des Staates aus der Daseinsfürsorge, den Abbau der sozialen Sicherungssysteme, den Abbau staatlicher Handlungsfähigkeit durch Verzicht auf Steuereinnahmen einerseits und Schuldenbremse/Haushaltskonsolidierung andererseits propagiert und letztlich durchgesetzt hat

Weiter so? Es gibt Hoffnung auf Veränderung

- Führende ökonomische Institutionen, Ratgeber und Think Tanks publizieren z.T. selbstkritische Bilanzen u.a. die OECD, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds
- In vielen Ländern haben kritische Diskussionen um eine Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik begonnen, da die Defizite in der Pandemie so augenfällig wurden
- Die Herausforderungen liegen auf der Hand: ökologischer Wandel, Abbau sozialer Ungleichheit, gerechte Globalisierung und technologische Transformationen durch Digitalisierung



## Und wo bleibt die Geschlechtergerechtigkeit?

1. Alle wirtschafts- und sozialpolitischen Entwicklungen/Regulierungen haben eine Geschlechterdimension: sie können die herrschenden Verhältnisse zementieren, oder verändern, zugunsten oder zuungunsten der Geschlechtergerechtigkeit wirken – aber diese Wirkungen werden kaum analysiert, eine Überprüfung findet selten statt
2. Für Deutschland sehen wir widersprüchliche Entwicklungen wie z.B. eine steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen, eine anhaltende Lohnungleichheit, ein unzureichendes öffentliches Angebot an Kinder- und Altenbetreuung trotz Rechtsanspruch, eine hohe Belastung der Familien – Frauen – mit unbezahlter Arbeit...Vätermonate beim Elterngeld....
3. Der Abbau staatlicher Leistungen beim Arbeitslosengeld, bei den Renten und die unzureichende Finanzierung der Löhne in der Care-Wirtschaft bedeutet für viele Frauen Armut, Niedriglohn, unzureichende Versorgung der Kinder, die materiellen und immateriellen Schäden sind größer geworden
4. Frauen sind stärker auf einen funktionierenden öffentlichen Sektor angewiesen z.B. im ÖPNV, Bibliotheken, Gesundheitswesen, Kinderbetreuung etc.
5. Die soziale Ungleichheit zwischen Frauen hat zugenommen – aber in allen gesellschaftlichen Schichten bleibt ein Gender Gap: im Einkommen, im Vermögen, in der Alterssicherung, in der Zeitverwendung





## Time for a Change!

- Geschlechterverhältnisse werden in der aktuellen Krise mehr angesprochen als in früheren Krisen, Tendenzen der Wiederbelebung konservativer Familienverhältnisse öffentlich kritisiert, allerdings fehlt ein geschlechterpolitisches Leitbild (analog Klimawandel)
- Veränderungen bei den Frauen stärker als bei den Männern, die Frauen im Osten halten auch in der zweiten Generation seit 1989 an ihrem Lebensentwurf fest – trotz schlechter Rahmenbedingungen
- Im wissenschaftlichen Feld gibt es mehr Frauen und Geschlechtergerechtigkeit ist Teil vieler alternativer Politikvorschläge
- In einem für die Lebensrealität zentralen Politikfeld: Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung für alle Altersstufen und Ausbau der Ganztagschulen gibt es einen weiten öffentlichen Konsens zwischen fast allen Akteur:innen – es fehlt die Umsetzung! Dazu braucht es mehr politischen Druck auch bei anhaltendem Widerstand
- Die öffentliche Bereitstellung von Care-Infrastruktur ist ein zentrales Element für viele Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit, weitere Elemente werden wir im folgenden Vortrag hören

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!!!**



## Literaturhinweise

Oxfam Deutschland: Im Schatten der Profite, Berlin 2020

[https://www.oxfam.de/system/files/2020\\_oxfam\\_ungleichheit\\_studie\\_deutsch\\_schatten-der-profite.pdf](https://www.oxfam.de/system/files/2020_oxfam_ungleichheit_studie_deutsch_schatten-der-profite.pdf)

Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB). Datenreport 2021, Berlin 2021

<https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2021.html>

OECD: Beyond Growth: Towards a New Economic Approach, New Approaches to Economic Challenges. OECD 2020, Übersetzung Heinrich-Böll-Stiftung. Jenseits des Wachstums, Berlin 2021

[https://www.boell.de/sites/default/files/2021-02/Boell-Stiftung\\_Jenseits-des-Wachstums\\_V01\\_kommentierbar.pdf?dimension1=division\\_sp](https://www.boell.de/sites/default/files/2021-02/Boell-Stiftung_Jenseits-des-Wachstums_V01_kommentierbar.pdf?dimension1=division_sp)

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung: Gender Daten Portal,

<https://www.wsi.de/de/wsi-genderdatenportal-14615.htm>

European Institute for Gender Equality (EIGE), Gender inequalities in care and consequences for the labour market

<https://eige.europa.eu/publications/gender-inequalities-care-and-pay-eu>